

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 08. Februar 2011

Vorlagen-Nr. 10-F-05-0007

Starke Stadt für Studis IV - Vermeidung von Hemmnissen beim Bau von Studentenwohnheimen - Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 29.10.2010 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich in den letzten Jahren als attraktiver Ort für Studenten und Auszubildende etabliert. Die Stadtverordnetenversammlung hat bisher unter dem Titel „Starke Stadt für Studis“ folgende Bausteine beschlossen:

Starke Stadt für Studis I	Schaffung eines Anreizsystems
Starke Stadt für Studis II	Wohnraum für Studierende schaffen
Starke Stadt für Studis III	Zentraler Campus der Hochschule Rhein-Main

Weitere Ideen und Aktivitäten sind gefragt, um die bestehenden Vorteile der Stadt im Wettbewerb der Kommunen zu festigen und auszubauen, aber auch um Nachteile zu beseitigen. Positiv ist beispielsweise festzuhalten, dass die Aktivitäten zum Bau von Studentenwohnheimen zunehmen. Diese erfreuliche Entwicklung beinhaltet den Aspekt, dass sich die derzeit geltende Stellplatzsatzung, die sich grundsätzlich in ihrer Anwendbarkeit sehr gut bewährt hat, speziell in der Frage des Stellplatznachweises für Studentenwohnheime als Hemmnis darstellen kann.

Die städtische Stellplatzsatzung fordert den Nachweis von einem Stellplatz je zwei Betten. In anderen Universitätsstädten wie z.B. Darmstadt und Frankfurt a.M. ist dieser Schlüssel günstiger, hier wird ein Stellplatz je vier bzw. drei Betten gefordert. Dies hat sich dort bewährt, da die Studenten in der Regel mit ihrem Studentenausweis ein Semesterticket zur Nutzung des ÖPNV erwerben.

Durch diesen Wettbewerbsnachteil verteuert sich der Bau von Studentenwohnheimen, Projekte können teilweise nicht realisiert werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Stellplatzsatzung im Hinblick auf den Stellplatznachweis für Studentenwohnheime zu modifizieren und somit die in diesem speziellen Fall auftretenden Wettbewerbsnachteile zu vermeiden.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 14.12.2010

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Beschlusstext des Antrags wird wie folgt geändert:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Stellplatzsatzung im Hinblick auf den Stellplatznachweis für Studentenwohnheime so modifiziert werden kann, dass in diesem speziellen Fall auftretende Wettbewerbsnachteile vermieden werden können.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.12.2010

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird ergänzt:

Der Magistrat wird beauftragt,

(wie FDP) die Stellplatzsatzung im Hinblick auf den Stellplatznachweis für Studentenwohnheime zu modifizieren und somit die in diesem speziellen Fall auftretenden Wettbewerbsnachteile zu vermeiden.

die Stellplatzsatzung generell um die Möglichkeit zu ergänzen, umweltgerechte Wohn- und Gewerbeprojekte, deren Ziel die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs ist, durch die Reduzierung der nachzuweisenden Stellplätze zu fördern. Hierzu sind Richtlinien zu erarbeiten, die autoarmes bzw. autofreies Bauen näher definieren wie z.B. durch das Angebot einer umfassenden Mobilitätssicherung wie ÖPNV-Zeitkarten, Car-Sharingplätzen oder Fahrradförderung.

Beschluss Nr. 0006

Der Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 29.10.2010 wird in der Form des Änderungsantrages der SPD-Fraktion vom 14.12.2010 angenommen:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Stellplatzsatzung im Hinblick auf den Stellplatznachweis für Studentenwohnheime so modifiziert werden kann, dass in diesem speziellen Fall auftretende Wettbewerbsnachteile vermieden werden können.

Tagesordnung II

Wiesbaden, .02.2011

Kessler
Vorsitzender